

Präsent aus Brüssel

Neue Folge von "update Vergabe"

(BS/dy) Zum Jahresende erschien die neueste Ausgabe des Behörden Spiegel Newsletters "update Vergabe". Der Informationsdienst für Entscheider erscheint mit fachlicher Unterstützung der Sozietät Heuking Kühn Lüer Wojtek. Die aktuelle Ausgabe präsentiert kontroverse Auffassungen zu den neuen Richtlinien-vorschlägen der EU-Kommission.

Die entscheidenden Gründe aus Brüsseler Sicht für die Notwendigkeit der vorgesehenen Änderungen werden wiedergegeben. Ihnen hält *Norbert Portz* vom Deutschen Städte- und Gemeindebund kritische Positionen entgegen, die sich vor allem auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz und Sparsamkeit der Beschaffung und die Handlungsspielräume der Auftraggeber beziehen. Rechtsanwältin *Dr. Ute Jasper* gibt der Vermutung Ausdruck, dass dies "Weihnachtsgeschenk" der Kommission nicht nur Dankesbriefe auslösen wird.

"Divergierende Ziele"

Für die EU-Kommission sind – anders als für *Norbert Portz* – die beiden Ziele der Vergaberechtsrevision, Vereinfachung und Flexibilisierung auf der einen sowie Innovationsförderung, Umweltschutz und soziale Ziele auf der anderen Seite, keine unvereinbaren divergierenden Ziele. Die neuen Vorschläge würden das öffentliche Vergabewesen zugleich einfacher und moderner gestalten wie auch, da eine "Ausweitung" nicht stattfindet, ohne Schaden einen Beitrag zur Umsetzung strategischer Ziele leisten. Das Vergaberecht werde lediglich Werkzeuge zur Verfügung stellen, nicht jedoch selbst die Verfolgung wirtschaftlicher oder gesellschaftspolitischer Ziele vorschreiben. Insofern finde auch kein Eingriff in die Haushaltshoheit der nationalen Gebietskörperschaften statt.

Portz kritisiert eine einseitige Fokussierung auf ein Mehr an Individualrechtsschutz durch die vorgeschlagene Richtlinie für Dienstleistungskonzessionen. Er begrüßt diejenigen Neuerungen, die durch mehr Handlungsspielraum rechtlich beständigere sowie zielgerichtete Vergabe ermöglichen: Eignungsprüfung über Eigenerklärungen, Verkürzung von Fristen, Bündelung von Vergabe, Ausweitung der elektronischen Beschaffungsmittel und mehr Raum für Verhandlungsverfahren bei gleichzeitiger Transparenz.

Schwierige soziale Aspekte

Letzteres könne zu einer größeren Übereinstimmung der vom Auftraggeber gewollten und der später tatsächlich erhaltenen Leistung führen. Eine Erhöhung der Schwellenwerte wäre allerdings angebracht. Die geplante Regelung von Dienstleistungskonzessionen und interkommunalen Kooperationen sei abzulehnen.

Das leistungs- und wirtschaftlichkeitsbezogene Vergaberecht sieht der *DStGB-Beigeordnete* als den falschen Ort für politische, vor allem soziale und in der Praxis kaum vollziehbare Aspekte an. Vieles spreche dafür, das Vergaberecht stärker auf seine drei Grundregeln "Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung" auszurichten und von den EU-Richtlinien nicht Vorgegebenes wegzulassen. Sinnvoll wäre es, die Heilungsmöglichkeiten bei nicht korrekten Angeboten zu verstärken, um sicherzustellen, dass auch wirklich der wirtschaftlichste Bieter den Zuschlag erhält.

Haushaltsrecht

Portz hält es für sinnvoll, das Vergaberecht unterhalb der EU-Schwellenwerte als Haushaltsrecht mit größeren Handlungsspielräumen zu erhalten. Im Üb-

rigen lasse sich Wettbewerb mit der Berücksichtigung ökologischer Kriterien durchaus vereinbaren, ohne die Beschaffungsautonomie des Auftraggebers zu beeinträchtigen. Problematisch sei allerdings die verstärkte Berücksichtigung einer Vielzahl von sozialen Kriterien, vor allem bei der Wertung der Angebote. Anders als bei ökologischen Vorgaben gebe es kaum Zertifizierungsmöglichkeiten.

Update Vergabe liefert zu aktuellen Aspekten des Vergabemanagements, so bei der Verfahrensdokumen-

tation, bei Rahmenverträgen und der Leistungsbeschreibung wie auch zu neuer Rechtsprechung, und Gesetzgebung nicht nur hautnahe Informationen, sondern zugleich verständnisfördernde Erläuterungen und praxisbezogene Tipps und Checklisten.

Der Newsletter ist zu bestellen, indem mit Angabe der vollständigen postalischen Anschrift und dem Betreff "subscribe Newsletter update Vergabe" eine Mail gerichtet wird an: redaktion@behoerden.spiegel.de.



Die dritte Ausgabe des Newsletters erschien zum Jahresende.